

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis fest Haus durch die Kurbeder Viertel, Nr. 2, 10, monatl. 70 Pf. durch die Post bezogen bezgl. und 14 Pf. monatl. - Belegzeit: bei Abnahme v. 3 Bogen, 21. 50 bezgl. 50 Pf., Umzugsnummer 15 Pf. - Druck in einem mal modern. Nachdruck. - Für unvollständige Einlieferungen wird keine Gewähr geboten. - Verlagsort Merseburg. - Fernruf 100. Geschäftsstelle: Leipzigerstr. 4.

Kreisblatt

Anzeigenpreis für die emp. Mittelst. oder deren Raum 30 Pf. für 6 Zeilen, 1. bis 3. Klasse, 2. und 3. Klasse, 4. Klasse, 5. Klasse, 6. Klasse, 7. Klasse, 8. Klasse, 9. Klasse, 10. Klasse, 11. Klasse, 12. Klasse, 13. Klasse, 14. Klasse, 15. Klasse, 16. Klasse, 17. Klasse, 18. Klasse, 19. Klasse, 20. Klasse, 21. Klasse, 22. Klasse, 23. Klasse, 24. Klasse, 25. Klasse, 26. Klasse, 27. Klasse, 28. Klasse, 29. Klasse, 30. Klasse, 31. Klasse, 32. Klasse, 33. Klasse, 34. Klasse, 35. Klasse, 36. Klasse, 37. Klasse, 38. Klasse, 39. Klasse, 40. Klasse, 41. Klasse, 42. Klasse, 43. Klasse, 44. Klasse, 45. Klasse, 46. Klasse, 47. Klasse, 48. Klasse, 49. Klasse, 50. Klasse, 51. Klasse, 52. Klasse, 53. Klasse, 54. Klasse, 55. Klasse, 56. Klasse, 57. Klasse, 58. Klasse, 59. Klasse, 60. Klasse, 61. Klasse, 62. Klasse, 63. Klasse, 64. Klasse, 65. Klasse, 66. Klasse, 67. Klasse, 68. Klasse, 69. Klasse, 70. Klasse, 71. Klasse, 72. Klasse, 73. Klasse, 74. Klasse, 75. Klasse, 76. Klasse, 77. Klasse, 78. Klasse, 79. Klasse, 80. Klasse, 81. Klasse, 82. Klasse, 83. Klasse, 84. Klasse, 85. Klasse, 86. Klasse, 87. Klasse, 88. Klasse, 89. Klasse, 90. Klasse, 91. Klasse, 92. Klasse, 93. Klasse, 94. Klasse, 95. Klasse, 96. Klasse, 97. Klasse, 98. Klasse, 99. Klasse, 100. Klasse.

Zeitung für Stadt u.



Kreis Merseburg

Amthliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 46.

Sonntabend, den 23. Februar 1918.

158. Jahrgang.

Amthliche Anzeigen

Seite 4 betr.

1. Bekämpfung von Preisen für Süßwasserfrische.
2. Schlichtungsbefugnisse.
3. Abänderung der Milchverordnung.

Tageschronik

Die Wahlpflicht im Ausgah beschlossen. (S. Weil.) Die Verhandlungen mit Trocki haben keine Eile. Mit Rumänien wird Vertrag geschlossen. Rumänien aus dem Londoner Vertrag entlassen. England unterstützt die Pololen. Die Hölle unserer Kriegsgefangenen in Rußland. Im Januar wieder 632 000 T. versentt.

Die Lage Rußlands

unter der Herrschaft der Bolschewiki.

Vom ersten Tag der März-Revolution an kämpften in Rußland zwei Gruppen um die Herrschaft, die Demokratie und die Bourgeoisie. Gegenwärtig hat die Demokratie bedingungslos die Oberhand. Sie teilt sich in zwei große Parteien: die Sozialdemokraten und die Sozialrevolutionäre. Die Sozialdemokraten, d. h. die Marxisten, stützen sich auf die industrielle Arbeiterschaft. Sie sind seit 1903 in zwei Fraktionen gespalten: die Bolschewiki-Mehrheitler, (nicht zu verwechseln mit den Marxisten) der linken Flügelgruppe der Sozialrevolutionäre, und die Menschewiki, Minderheitler. Die Bolschewiki repräsentieren die äußerste Linke der Sozialdemokraten; sie lehnen jeden Kompromiß mit der Bourgeoisie ab und sind auf radikalste und radikalste Durchführungen kommunistischer Ideen eingeschlossen. Ihre Führer sind gegenwärtig Lenin und Trocki. Die Menschewiki, geführt von Teretki, Tschelidze und Sobolew, stellen eine gemäßigte Gruppe dar, die zwar mit den Lehren der Bolschewiki im wesentlichen übereinstimmt, aus tatsächlichen Gründen jedoch einen Kompromiß mit der Bourgeoisie nicht grundsätzlich ablehnt. Die zweite große demokratische Gruppe, die Sozialrevolutionäre, sind die sozialistischen Bauern. Die wichtigste Forderung ihres Programms ist daher auch die Agrarreform, welche sie sich als Sozialisierung des Bodens vorstellen. Tschernow ist die führende Persönlichkeit der Sozialrevolutionäre. Gegenwärtig steht in den Sowjets, den Arbeitern und Sozialdemokraten, eine Reaktion der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre in Opposition gegen die Bolschewiki und die ihnen nahebesetzten Fraktionen. Der grundlegende Unterschied zwischen den Bolschewiki und der gesamten sozialistischen und bürgerlichen Opposition besteht darin, daß die Bolschewiki die Verwirklichung des Zukunftsplans auf revolutionärem Wege ausschließlich durch Diktatur des industriellen Proletariats durchsetzen wollen, während sämtliche übrigen Parteien nur eine auf breiter Basis gewählte konstituierende Versammlung als zur Neugestaltung des Landes allein befähigt ansehen.

Der Demokratie steht die geschlossene Masse der Bourgeoisie von der äußersten Linken der Kadetten bis zu den verkappten Anhängern des Zarismus gegenüber. Die Bolschewiki haben, aus Rußland gelangt, jegliches Maß bei Durchführungen ihrer Ideen verloren, und es hat den Anschein, als ob ihren Führern Lenin und Trocki die Macht über die mit unvorstellbaren Schrecken erfüllten, unter dem Niveau des nationalen Bewusstseins stehenden, unruhigen Massen der Arbeiter und Soldaten entglitten. Die derzeitigen Machthaber üben eine vollständige Gewalt Herrschaft gegen jede Opposition aus und wüthen in idramatischem Terrorismus gegen alles, was sie unter den Sammelbegriff „Bourgeoisie“ einordnen, so z. B. gegen ihre eigenen Parteigenossen, die Menschewiki und den Führer der Agrarsozialisten Tschernow, gegen den vor kurzem ein Haftbefehl erging, weil er der „Counterrevolution“ überführt sei. Die bolschewistische Regierung hat in den paar Monaten ihrer Machthaberzeit ihre Unfähigkeit zur Führung einer geordneten Verwaltung bewiesen. Die Wahl der führenden Verwaltungsbeamten erfolgt nicht unter sachlicher Eignung, sondern nur nach persönlichen und politischen Gesichtspunkten. So ist der erste Stellvertreter des Finanzministeriums ein Generalstab, Weiteren ist Kriegsgefangenenwesen waren immer noch eine Woche ein Minister, ein Lehrer und ein Arzt. Bei den Verhandlungen mit deutsch-friedlich-ungarischen Kommissionen in Petersburg war als Referent für Telegraphenwesen ein Knecht tätig, der von

Telegraphie keine Ahnung hatte. Die Konferenzreferenten wußten ständig, in der technischen Unterkommissionen sah man täglich neue Gesichter. Der Kommandant des 12. Sibirischen Schützenregiments ist ein ehemaliger Koch; das Rawitschische Garberegiment kommandiert eine Frau. Dieses System durchzieht die ganze Verwaltung und befeuert den im vollen Gange befindlichen Aufstellungsprozess.

Nicht nur die Bourgeoisie, auch der größte Teil der Sozialrevolutionäre und die von ihnen geführte Bauernschaft stehen dem blutigen Terrorismus der Bolschewiki, deren Macht sich gegenwärtig ausschließlich auf Bajonette stützt, und deren Gewalt Herrschaft alle Hebrgriffe des Zarismus weit übertrifft, mit unauflöslichem Haß gegenüber, der, so weit es noch möglich war, durch die Sprengung der Konstante eine Steigerung erfahren hat.

Die tatsächliche Herrschaft bzw. Befehlsgewalt der Bolschewiki erstreckt sich auf einen verhältnismäßig geringen Teil Rußlands, namentlich Petersburg und Moskau, die Gemeinwesen westlich dieser Linie, einen geringen Teil Nordost-Rußlands und die an und hinter der Front gelegenen Distrikte. Die Ukraine, Finland, das Dongebiet, der Kaukasus, Turkestan und Sibirien sind wohl teilweise mit bolschewistischen Elementen durchsetzt, können aber keinesfalls als ihrer Machtpolizee unterworfen angesehen werden; sie wehren sich vielmehr mit aller Kraft gegen sie, wobei unter anderem die bei den Wahlen im Dongebiet zutage getretene verschwindende Minorität bolschewistischer Stimmen leuchtet. In Sibirien, wo die Bolschewiki um Einfluß ringen, gibt es nahezu kein industrielles Proletariat, den Hauptträger bolschewistischer Ideen, zudem macht die geringe Befehlsgewalt die Notwendigkeit einer Agrarreform nicht fühlbar. Kaukasus, Turkestan und die transkaspischen Gebiete sind der bolschewistischen Herrschaft völlig entzogen.

Nicht allein die Intelligenz, Handel und Gewerbe, selbst ein großer Teil der Bauernschaft erhebt heute schon die Forderung Rußlands in Sorge der Bolschewiki, denen mit Recht die Zerstörung des Landes und der Verwüstung vorgeworfen wird. Die Bolschewiki verfügen gegenwärtig in Petersburg nur über zwei Blätter, während die Opposition eine zahlreiche, zum Teil sehr gut geleitete Presse besitzt, die täglich mit von lebensfähigem Haß getragener Agitation gegen die Regierung erfüllt ist. Der Haß der terrorisierten Mehrheit gegen die Bolschewiki kennt keine Grenzen. „Ramen sie nur raus“, hört man oft über die Deutschen in Studenten- und Bürgerkreisen jagen, „um unser armes Land von dem blutigen Müddruck zu befreien; wir werden ihre Truppen mit Blumen bewehren.“

Nach häufigen Ausprüchen der Führer der Bolschewiki ist der tragende Gedanke ihrer Friedenspolitik weit weniger die Wiederherstellung der Volkshaft und Ruhe im Lande, als das leidenschaftliche Bestreben, ungehemmt durch die Zensur der Zentralmächte und alle übrigen im Frieden entfallenden Abwehrorgane, ihre Propaganda in die Länder der Zentralmächte zu tragen. Bei allen Kommissionsverhandlungen, auch dort, wo es sich um rein technische und wirtschaftliche Fragen handelte, trat diese Forderung zum Vorschein, alles übrige hatte für sie nur untergeordnete Bedeutung. Es steht außer Zweifel, daß die obersten Führer sich bei ihren Weltverlebensplänen von idealistischen Beweggründen leiten lassen, und reine Hände haben; aber schon in den mittleren Sphären gewinnen eigennützige Bestrebungen bedeutenden Einfluß, und weiter unten herrscht die gleiche Korruption wie überall in Rußland. Eine Anzahl besonders laut vernünftiger bolschewistischer Schreihäute rekrutiert sich aus ehemaligen Ladjpikeln der zarischen Regierung, und Mittelstern der Öhrana, die Eingang in die bolschewistischen Zirkel gefunden hatten. Sie stellen sich nach dem Sturz des Zarismus in den Dienst der herrschenden Partei und tragen in deren Kreise alle früheren Praktiken der Völschlichkeit und der Gemeinheit hinein.

Zur Friedensfrage.

Das schriftliche russische Friedensangebot in Berlin eingetroffen. Berlin, 22. Februar. Der russische Kurier, der vorgelesen die deutschen Vinten peßiert hatte, traf gestern Abend in Berlin ein und überreichte den Friedensvorschlag der Petersburger Regierung. Die Urkunde, die mit dem bekannten Petersburger Forderungsbuch wirklich übereinstimmt, ist von Lenin und Trocki gezeichnet. Ueber den Inhalt der deutschen Antwortnote, die erst in einigen Tagen abgehandelt werden dürfte, werden noch Beratungen eingeleitet. Inzwischen hat sich gestern Abend Staatssekretär v. Kühlmann über Wien nach Bukarest begeben. Das Gerücht von der Verjagung Trocki-Lenin durch Tschernow hat sich also nicht bewahrheitet. Inzwischen Verhandlungen mit Rumänien.

Berlin, 22. Februar. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mitteilt, ist der Beginn der neuen Verhandlungen mit den Russen in einiger Zeit zu erwarten. Der

Staatssekretär v. Kühlmann werde deshalb die Zwischenpause benutzen, zunächst als deutscher Bevollmächtigter die Verhandlungen über den Friedensschluß mit Rumänien zu führen. Staatssekretär v. Kühlmann ist daher Donnerstag Abend nach Bukarest abgereist, woselbst auch Graf Czernin erwartet wird.

Rußland legt Verwahrung ein gegen den deutschen Vormarsch. Zürich, 21. Februar. „Aasas“ meldet aus Stockholm: Der Sowjet der russischen Volkstommisäre hat folgendes drablose Telegramm verfaßt: Der Sowjet der Volkstommisäre legt Verwahrung dagegen ein, daß die deutsche Regierung ihre Truppen gegen die russische Republik sammelt. Der Sowjet hat den Kriegszustand für beendet erklärt und mit der Demobilisierung seiner Armees und der ganzen Front begonnen. Die Regierung der Arbeiter und Bauern Rußlands sowie einer anderen Handlungsweg nicht gewarnt sein (?), da keine der Waffenstillstandsparteien den Waffenstillstand widerbekündigt habe, sei es direkt oder indirekt, wie sie sich durch Abkommen vom 8. Dezember 1917 verpflichtet haben. Dieser fühlige Einpruch wird kaum irgendwo Eindruck machen. Daß die Verweigerung eines formellen Friedensschlusses der Abklärung gleichsam, ist noch von keiner Seite ernsthaft bestritten worden.

Stille Kapitulation.

Bern, 21. Februar. Zur Annahme der Friedensbedingungen durch Rußland schreibt der „Bund“: Das wäre eine glatte Kapitulation, wenn nicht irgendein Hinterhalt in Frage kommt oder wenn man nicht an der Verhandlungswahrscheinlichkeit glaubt. Die Bolschewiki wollen sich nicht abgeben, sie würden nicht mehr gegen Rußland marschieren. Als sie aber doch amarrifizierten, war es mit der Verteidigung der Bolschewiki. Sie räumten fasten und ruhmlos das Feld. Der andere Ruhm gegen wehrlose Frauen und Kinder im Innern und in den Randstaaten war leicht zu holen, aber vor dem ersten Ansturm der deutschen Truppen brach die Kraft der bolschewistischen Truppen zusammen. Es dürften nunmehr erste Friedensverhandlungen beginnen, nicht nur solche, wie sie die Preis-Litowitz gehen hat.

Der Standpunkt der Mittelmächte gegenüber Rumänien.

Berlin, 22. Februar. Wie der „B. Z.“ erfährt, werden in der rumänischen Hauptstadt Cz. v. Kühlmann und Graf Czernin ihre Verhandlungen mit dem General Varescu beginnen, um möglichst bald unter Verhältnis zu Rumänien zu klären.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Was die Führung der Verhandlungen anlangt, so ist man unterdessen nach den mit Trocki in Preis-Litowitz gemachten Erfahrungen entschlossen, eine Wiederholung des Spieles, wie es die russischen Unterhändler mit den Vertretern der Mittelmächte getrieben haben, nicht zu gestatten. Unsere Regierung wird den Rumänen für die Verhandlungen nur so viel Spielraum gestatten, wie ihn die sachlichen Schwierigkeiten unbedingt erfordern, und keinen Zweifel darüber lassen, daß sie gewillt ist, die Forderungen, die sie billigerweise stellen kann, durchzudrücken. Wenn die Verhandlungen durch die Schuld der Rumänen scheitern sollten, so werden sie die Folgen zu tragen haben.

Berlin, 21. Februar. Die Wiener „Mittagszeitung“ vom 20. Februar bringt folgende offenbar inspirierte Mitteilung: Was Rumänien betrifft, so ist kein Anzeichen dafür vorhanden, daß die Rumänen der realen Sachlage Rechnung tragen und die Konsequenzen aus ihren Vorgehen besonders hinsichtlich der berechtigten bulgarischen Forderungen ziehen wollen. Für uns ist die Angelegenheit nicht beendet. Wenn Rumänien, dem der Frieden unabweisbares Bedürfnis ist, geneigt ist, auf vernünftiger Basis zu verhandeln, wird es uns bereit finden, wie auch die Bolschewiki bereit finden, denen gegenüber wir wohl halb das Schicksal von Gebul befunden haben. Geboten Rumänien ebenso vorzugehen, so hat es sich die Folgen selbst zuzuschreiben. Die Rumänen sind es, die um die Einleitung von Verhandlungen ersuchen.

Serren in ganz Osteuropa.

Zürich, 21. Februar. Der „Corr. Sera“ meldet aus Petersburg: Der Kongress der Sowjets hat sich vertagt, nachdem er der Regierung zu allen weiteren Verhandlungen Vollmacht erteilt hat. Der „Secolo“ schreibt, eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Feinde würde ein äußerst wichtiges Ereignis sein, da hierdurch die Mittelmächte die Herren der Situation in ganz Osteuropa werden würden.

Die Petersburger Kommission, die nach Berlin zurückgekehrt ist, hat den Austausch der Zwangsangehörigen energisch betrieben. Der betreffende Vertrag ist zwar von der Petersburger Regierung noch nicht unterzeichnet, doch soll der Abtransport der deutschen Internierten bereits begonnen haben.

Der Kaiser und die Polensnot.
Die ständische Ritters- und Landchaft hatte vor kurzem an die Reichsleitung den Ruf um Hilfe ausgesprochen. Zu gleicher Zeit richtete sie eingehend die alten Beziehungen zwischen Böhmen und dem Böhmenlande auch an den Kaiser ein. Von Hilfe ist die dringende Bitte, den Senat zu veranlassen, ihren Hülfsruf zu unterstützen. Der Senat hat nicht geantwortet, dieser Bitte zu entsprechen, und hatte sich direkt an den Kaiser gewandt; darauf ist dem Senat vom Kaiser folgende Antwort zugewandt:

Senat der Freien und Handelsstadt Lübeck. Die Worte des Senats der altverehrten Handelsstadt Lübeck haben in meinem Herzen lauten Widerhall gefunden. Der verzweifelungsvolle Ruf schreie, der aus dem Böhmenlande immer dringlicher zu uns herüberhallt, löst nicht unerhört bleiben. Wirksam Maßnahmen sollen ergriffen werden, um die gedrückte Bevölkerung vor dem Sengen und Mähdern räuberischer Horden sicherzustellen und dem Zustand völliger Gesetzlosigkeit ein Ende zu machen.

Dom Krieg und Frieden. Aus dem Osten

Der russische Marineminister von Kofaken angehängt.
Wien, 21. Februar. „Dep. de Vion“ bringt eine Mitteilung vom Roten Kreuz der vereinigten Staaten aus Petersburg: Die Kofaken haben den Marineminister in einem Eisenbahnzug festgenommen und angehängt.

Flucht der Entente-Angehörigen aus Odesa.
Genf, 21. Februar. Aus Odesa liegt schweizerischen Blättern zufolge die Nachricht vor, daß die Entente-Konjunktur in Odesa aus Grund einer gemeinsamen Weigerung ausländischer Staatsangehöriger auszuführen, Odesa verlassen zu verlassen. Nur der griechische Konsul hat sich dem Vorhaben nicht angeschlossen.

Die hungarigen Volkswirtschaft.
Lugano, 21. Februar. Nach „Corr. d. Sera“ berichtet „Daily Tel.“ aus Petersburg: Die vor zwei Monaten von der Volkswirtschaft auf der Suche nach Brotgetreide ausgesandte Kommission ist nach einer abenteuerlichen Reise nach Petersburg zurückgekehrt. Die Kommission berichtete: Die üblichen Provingen mit Einschluß von Kiew sind mit Getreide überfüllt. Die Ukrainer sind aber nicht gewillt, den Volkswirtschaft von ihrem Überfluß etwas abzutreten. Sie zeigen sich dazu nur unter der Bedingung bereit, daß die Lieferung an die konstituierende Versammlung erfolge, an dieser Forderung sind die Verhandlungen gescheitert. Die gleiche Überfülle von Getreide, aber auch die gleiche Bedingung für die Lieferung fand die Kommission in Kowotscherak bei den Donkoffen, sowie bei den Kofaken von Kuban, so daß die Kommission mit leeren Händen nach Petersburg zurückkehren mußte.

Westeuropäische Zeit in Rußland.
Stockholm, 21. Februar. Aus Petersburg wird gemeldet: Um mit den Westmächten gleichen Schritt zu halten, haben die Volkswirtschaft beschloßen, die Einführung des westeuropäischen Kalenders in der gesamten Republik vorzunehmen. In Petersburg wird bereits seit dem 15. Februar nach der neuen Zeit gerechnet.

Entlassung der Jarenfamilie ins Ausland?
Amsterdam, 20. Februar. Die „Times“ melden aus Petersburg, daß einige russische Großhändler und Kapitalisten die Absicht an die Regierung der Volkswirtschaft zu erklären, die Familie des Jaren in der Türkei zu erlauben, Kofak zu gehen. Sie erklären, daß alle Gerüchte über eine Teilnahme an Verschwörungen zur Wiederherstellung der Monarchie unrichtig sind und verzichten auf alle Rechte auf den Thron.

Die russischen Gläubiger und die Wertschwankung der Volkswirtschaft.
Stockholm, 19. Februar. Wie bereits gemeldet, haben die Vertreter der mit Rußland verbundenen Staaten und der neutralen Staaten gegen die Annulierung der russischen Staatsschulden in einem energischen Protest eingeleitet. Dieser Protest hat wegen seines Inhaltes und seines Tones bei der russischen Bevölkerung Empörung hervorgerufen. Die russische Regierung erklärt, der Protest sei vollständig gleichgültig. Am einmal erlassenen Dekret unzulässig zu machen, bedürfte es anderer Maßnahmen. Auch die Forderung der Mächte, den ihren Untertanen durch die Annulierung entstandenen Schaden zu ersetzen, lehrt die Regierung ebenfalls von Drohungen.

Rumänien's wirtschaftlicher Ausgleich.
Stockholm, 21. Februar. Nach Mitteilungen aus Saporanda ist der rumänischen Regierung von Seiten der Alliierten mitgeteilt worden, daß sie die Rückführung der bisherigen Kriegserschüsse wünschen. Da es sich um eine Summe von 2½ Milliarden Rubel handelt, ist den Alliierten beantwortet worden, daß die Angelegenheit in Rücksicht auf die rumänische Wirtschaftlichkeit nicht in Betracht kommen kann. Die Alliierten sollen sich demnach durch wirtschaftliche Maßnahmen zu helfen.

Was dem Herrn passen. Einverstanden werden wir uns erst einmal mit einer Forderung an Rumänien im Bereich wirtschaftlicher Ausgleichs sicherstellen.

Die Verlegung der Deutschen im Baltikum.
Riga, 20. Februar. Richtigungen erzählen, daß sich die Lage in Riga und Jürlend täglich verschlechtert. In Stadt und Kreis Riga sind über hundert Deutsche, in Jürlend etwa 140 Deutsche und in Pernau etwa 240 Deutsche worden. In den zwischenlichen Kreisen haben Verhandlungen bis jetzt noch nicht begonnen. Die bekannte Aufsicht zur Verlegung aller deutschen Arbeiter über 17 Jahre wurde auch in Dorpat verweigert.

Bei Dorpat ist es zu einem Zusammenstoß zwischen Deutschen und Roter Garde gekommen, von welchen fünf Mann getötet wurden. Letzterer Umstand kann Anlaß zu neuen Deutschen-Morden geben.

Hilfe für Finland.
Schweben hat amlich keine Hilfe für Finland abgelehnt. Die Sozialdemokraten lassen ruhig weiter rauben und mordern. Das ist ja gerade was Schönes! Da wird Finland wohl auf deutsche Hilfe angewiesen sein. Die Berliner und Frankfurter Rüstmeister sind schon wieder am Werke, uns mit Englands Rüstgeiz gnädig zu machen!

Englische Unterfütterung der Polen.
London, 21. Februar. (Newsp.) Graf Labislav Sobanski empfangt vom Auswärtigen Amt ein Schreiben, in dem das polnische Nationalkomitee in London mitteilt, daß die englische Regierung ihren Agenten in Kiew aufgetragen habe, die Erklärung abzugeben, daß sie den krieglich geschlossenen Frieden zwischen der Ukraine und den Mittelmeeren nicht anerkennen und daß England keinen Einzelfrieden anerkennen, an dem Polen interessiert ist, wenn dieses Land nicht vorhergefragt worden ist. Die Unterhaltung einer polnischen Vertretung in London ist ein neues Moment für die Beurteilung der künftigen politischen Orientierung!

Die Hilfe unserer Gefangenen im freien Rußland.
Berlin, 21. Februar. Aus Meldungen, die fast nach und nach aus Rußland eintröfen, erkennt man deutlich, wie es um die krieglichen Gefangenen der Volkswirtschaft von der Gerechtigkeit und Menschlichkeit geht. Die Unterfütterung unserer Gefangenen hatten von Schmutz und Missetat zu unterliegen. Die Unaberkelt der russischen Gefangenenlager erzeugt zahlreiche Krankheiten und Seuchen. Die Sterblichkeitsziffer unter den Gefangenen beträgt nach Angaben von einmündigen Zeugen 40 von Hundert. Das ist recht so, hier sollen sie verrecken! hat nach ständiger Wollung ein Hofling von Lagerkommandanten erklärt. Da es in Rußland keine Verbandsorganisation gibt, wird das alles immer wieder immer wieder verwendet, bis sie vollständig von Hunger überfallen sind. Kranke mit aufstehenden Krankheiten werden nicht in Sanitätsbaracken untergebracht. Krankheitsfälle sind an der Tagesordnung und solche Greuel geschehen in der freien Republik, die sich allen anderen so unendlich überlegen sieht. Es ist hier die gleiche Sache wie überall. Der ganze Volkswirtschaft ist ein Gefangenlager. Was will die Regierung tun? Verachtung ist am Platze, nicht an den meisten Gefangenen in unserer Hand, sondern an den Untermenschen in Petersburg, die der Welt vorzumachen, sie wollen sie vom „Joch des Kapitalismus“ befreien und die ihr in Wahrheit ein viel grauenvolleres Joch aufhängen: Das der Anarchie, der Entfesselung aller wilden Instinkte und der Gewaltthätigkeit der Roboter.

Berlin, 21. Februar. Ein deutscher Unterarzt, Dr. St., der lange in russischer Gefangenenschaft war, und zurückgekehrt ist, gibt unter Eid folgendes zu Protokoll:
„Es war ein entsetzlicher Anblick, die durch die lange Bahnfahrt bei über 30 Grad Reaumur Kälte heruntergekommenen, verdorrten, verfaulten Gestalten zu sehen, über und über mit Geschwüren bedeckt, mit entzerrten Gesichtern, dünnen Knochen und Schen. Dabei mußte mit Wollfäden und Verbandstoffen außerordentlich gehandelt werden. Bei einer Garnison von etwa 2000 Häftlingen fanden für 300 Kriegsgefangene nur 16 Betten zur Verfügung, und diese waren meist noch von Russen belegt. Die kranken Gefangenen blieben also auf ihren Pfählen ohne Decken, Strohhalm und Filze. Nur die schwerer Erkrankten wurden in das Lazarett nach Tschita übergeführt. 21. Überführung dorthin, zunächst 4 Kilometer Fahrt im Kisten in offenen Waggons, ohne Strohhalm, bei 30 bis 40 Grad Kälte und nach 24stündiger Eisenbahnfahrt bei ungenügender Verpflegung — ein Teil des Verpflegungsgeldes verfiel in den Händen der russischen Sanitäter — hatten sich von den Russen erbittert Erloht: der Patient war tot.“

Man kann sich nach diesem Bericht vorstellen, wie sich das untere Kriegsgeschehen weiter gestalten wird, wenn Rußland sich von den Russen in ein einziges Gefangenlager verwandelt, in dem alle Wollungen und Anstöße losgelassen sind. Und selbst wenn man nicht das Schlimmste in Betracht zieht: die Stillsetzung gegenüber dem Wüten bolschewistischer Dörben, so ist es ebenfalls klar, daß die letzten Anstöße zu einer noch so primitiven Organisation in der gegenwärtigen Anarchie unterzogen sind und unter Kriegsgeschehen das Überleben der Menschheit gefährdet werden, wenn das Vaterland ihnen nicht Hilfe bringt.

Aus dem Westen

Keinliche Flieger über Mannheim.
Karlsruhe, 21. Februar. Amlich wird mitgeteilt: In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurden von feindlichen Fliegern über Mannheim sechs Bomben abgeworfen, die jeder auch in einer Kiste im Dorf landeten und eine Frau und ein Kind verletzten. Auch einiger Häuser Schaden wurde angerichtet.

Die Ungruppierung der Entente-Truppen an der Westfront beendet.

Genf, 20. Februar. „Journal des Debats“ schreibt in seiner letzten Nummer am Sonntag: Die in Gruppen von vier bis sechs Mann an der gemeinsamen Entente-Front seien schon seit acht Tagen in Ruhe abgetrennt. Frankreich habe jetzt unmittelbar vor seinen größten Feind, die Versuchung der Unterfütterung aller Alliierten.

Die Erklärung gegen Lord George.
In aufeinander nur durch einen Gemütszustand getrennt, aber nicht befreit. Nachricht richtete am 19. d. M. ab, nachdem im Unterhause Marie Anroff gegen den Premierminister „Morning Leader“ schreibt: Lord George lehnte auch die von der Arbeiterschaft verlangte Forderung ab, daß auf die Arbeiterschaft bezüglichen Verhandlungen und die Beschlüsse der Berliner Konferenz abgelehnt werden; daraus auf weitgehende Staatsrechtlich Bindungen Englands an Frankreich, die ohne Befragung des Parlaments übernommen worden seien.

Gegen Reichshilfe.
Notterdam, 21. Februar. Die „Nieuwste Nieuws“ berichten von dem englischen Ober- und Unterhaus

hat, wie veranlaßt, gefordert eine Entschädigung angenommen, nach der kein Zeitungsbesitzer eine Regierungsstelle bekleiden soll.

Die Rumänen aus dem Londoner Abkommen entlassen?
„Times“ melden: Die Regierungen Englands und Frankreichs haben Rumänien mitteilen lassen, daß sie Rumänien aus dem Londoner Abkommen gegen einen Sonderbescheid entlassen können.

Kriegsziel-Revision der französischen Sozialisten.

Der seit Sonntag in Paris tagende Nationalrat der französischen Sozialistenpartei hat mit 2618 gegen 280 Stimmen bei 108 Enthaltungen einen Kompromißantrag angenommen: 1. Die deutschen Kolonien sollen entweder zurückgegeben oder durch Kompensationen ersetzt werden, 2. Der Satz des Londoner Entwurfs über die Ansprüche Italiens soll in imperialistischen Charaktereigenschaften fallen. 3. Die Staatszugehörigkeit ist ein Recht, das nicht durch die Nationalität unter Oberleitung des künftigen Weltfriedens zu entscheiden ist; vorangehen oder folgen solle, wurde offen gelassen.

Eine gewisse Entwicklung des französischen Sozialismus in der Richtung auf den Friedenswillen ist in diesem Schritt unverkennbar. Aber diesen ersten Schritt werden noch mehr und größere Schritte folgen müssen, ehe der Wandel Frucht tragen kann.

Stattens gekündetes Beschießung.
Paris, 20. Februar. (Seras.) Wie die Blätter melden, hat General Cadorna die Beschießung von Verdun verlassen, nachdem er seine Funktionen dem General Giardino übertragen hatte, der seine Stelle im Obersten Kriegsrat der Alliierten einnimmt.

Auch Briand und Painleve vor Gericht.
Der „Eco“ meldet aus Paris: Den früheren Ministern Briand und Painleve wurde die Vorbereitung auf einer Verurteilung in einer gegen sie erhobenen Anklage für den nächsten Dienstag ausgesetzt.

Eine englische Offensive in Palästina?
Neues meldet amlich aus Palästina: Morgens am 19. Februar haben britische Truppen auf einer Front von 15 Meilen östlich Jerusalem einen Angriff vor. Abends wurden alle Ziele bis zu einer durchschnittlichen Tiefe von zwei Meilen erreicht.

Was die französische Regierung fürchtet.
Ein eigentliches Licht auf die Angst der französischen Regierung vor der öffentlichen Meinung wirft die Art, in der Lord George's Unterhausrede vom 12. d. M. in der französischen Presse veröffentlicht wurde. Die Rede des befreundeten Staatsmannes erforderte in kurzen Auszügen und Zusammenfassungen in diesen Blättern zu lesen. Besonders beachtenswert ist es, daß nirgendwo in der französischen Presse die Worte „Befreiung“ in der englischen Armee mit der Verteidigung der französischen Hauptstadt und der wichtigsten Teile Frankreichs sowie mit dem Schutz der Häfen an der französischen Küste betraut sind.

Der Krieg gegen Italien
Rundgebühren vor der italienischen Kammer.

Rom, 21. Februar. Nach Meldungen von der italienischen Grenze haben am Montag und Dienstag in Rom vor dem Kammergebäude Kundgebungen und Ausföhrungen stattgefunden. Es liegen nur dürftige Berichte darüber vor, aus denen sich ergibt, daß Militär angehalten und für Rom abermals der verpackte Kriegszug an den Rand erklärt wurde.

Der Seefrieg
632 000 T. Januar- und Postbeute.

Berlin, 21. Februar. Im Monat Januar sind durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächt insgesamt 632 000 T. Postbeute, des für unsere Feinde nutzlosen Handelsvermögens vernichtet worden. Damit behält sich das Ergebnis des ersten Jahres unbeschränkter U-Bootkrieges auf 9 500 000 T. Postbeute.

Wieder 7 Schiffe verlor.
Berlin, 21. Februar. (Amlich.) Der unermüßlichen Tätigkeit unserer U-Boote seien an der englischen Westküste die letzten 5 Dampfer und zwei Segler zum Opfer, darunter der bewaffnete englische Dampfer „Mexico City“ (5078 T.), der englische Dampfer „Sofie“ und ein etwa 2000 T. großer Dampfer aufeinander dem Einzelstift. Die beiden Segler waren zweimastig, der eine englischer, der andere französischer Nationalität, letzterer namens „Marie Hebelein“. Ein der U-Boote hat zwei bewaffnete Frachtsdampfer durch Artilleriekräfte beschädigt.

Amsterdam, 21. Februar. Neues meldet aus Paris: Der Dampfer „Duch“ wurde am 1. Februar zwischen Marfise und Baginle zerstört. Unterbeute wurden nicht gefahren. Es waren 33 Passagiere an Bord, darunter 301 Militärpersonen und 55 Soldaten. 110 Personen werden vermisst.

Der Krieg mit Amerika.
Überprüfung der Vertreter Kriegszielbeschlüsse.
Berlin, 22. Februar. Wie die hiesigen Blätter melden, soll Woodrow Wilson in einer Note an die Alliierten den Wunsch nach einer Überprüfung der Kriegszielbeschlüsse der Berliner Konferenz ausgedrückt haben.

Die Neutralen
Die Schweden auf den Inseln.

Oslo, 20. Februar. Die „Times“ melden: Am Sonntag und Montag dieser Woche wurde auf den Inseln zwischen russischen Soldaten, welche die Forts besetzt hielten, und kleinen Körper von eingeborenen Soldaten, welche auf der Insel stationiert sind, gekämpft. Die Kaiser der Demolier der Insel wurden bombardiert. Eine Schwedische Division wurde aus Schweden demontiert und griff mit Erfolg ein, so daß der Kampf bald beendet wurde. Schwedische Offiziere vermittelten. Die Unterhandlungen, die den ganzen Tag dauerten, hatten der Erfolg, daß ein Abkommen getroffen und kleinen Körper von eingeborenen Soldaten, die Insel verlassen. Die russischen Soldaten sollen am Nord der Schwedischen Küste abfahren. Sie überließen die Inseln dem Schwedischen Heer. Die schwedischen Soldaten, welche den Russen Soldaten

Deutscher Landrententag.

Berlin, 21. Februar. Der Erste Deutsche Landrententag, der zentrale der deutschen Landrenten, einer Organisation, die über zwei Millionen Landrenten umfasst, wurde heute vormittag im Plenarsaal des Abgeordnetenhauses in Gegenwart der Kaiserin Kronprinzessin und der Oberhofmeisterin der Kaiserin Gräfin Rododorf mit einer Ansprache der ersten Vorsitzenden Frau Gräfin von Schwering-Ebnitz eröffnet.

Die 2. Versammlung des 2. Deutschen Landrententages im Abgeordnetenhause fand unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten die deutsche Jugend-Deputation. Dieselbe besetzte sich mit unserer eigenen Jüngern auf dem Lande und hörte aus der Erfahrung einer Anzahl von Frauen, was schon geschehen ist und noch weiter geschehen kann, um auch die Gutsbesitzer auf dem Lande zu helfen; denn leider nehmen sie sich von der Landwirtschaft nicht an.

Frau von Wittenburg (Altmühlhausen) führte aus, daß auch unsere Jüngern auf dem Lande Kinder der Zeit sind. Neben die Mädchen eine besonders ungeprüfte Beziehung und Bildung, so wird man in der Regel schon den Weg ihrer Entfaltung vorzeichnen können. Von solchen Fällen aber abgesehen, sind es doch auf und für die Mädchen selber von Segen sein, wenn sie auf dem Lande bleiben. Dabei verneint man nicht, daß ein auf geleiteter Haushaltungsbefehliger ist, als eine Haushaltungsinne in der Stadt, haben die Mädchen ihre häusliche Ausbildung zu erhalten, die immer die Grundlage sein soll zu ihrer für ihren weitere Ausbildungsmöglichkeiten, z. B. in den Frauenkassen der Jüngeren Mädchen, in der Krankenpflege usw., die sie später nicht dem Lande zu entfremden brauchen. Bei der Rückkehr ins Haus helfen die Eltern ihren Töchtern aber dann auch einen selbständigen Fortschritt öffnen und sie durch ein Heim und möglichst auch zeitlich helfen, wenn die Eltern nicht mehr leben können.

Die 3. Versammlung des 2. Deutschen Landrententages wurde durch reicher Erfahrung, ein wie dankbares Feld der Arbeit Gutsbesitzer auf dem Lande sind. Das Land hat geübte Kräfte zur Kinder- und Jugendpflege zu bringen, die vorhandenen Kräfte ganz und gar nicht. Natürlich ist eine gründliche Ausbildung der Gutsbesitzer Voraussetzung derartiger Maßnahmen. Ein Weg ist z. B., daß die Gutsbesitzer sich von ihren Eltern einfach „anhellen“ lassen als Gutsbesitzer, wenn sie bereit sind, auf eigener Stelle, und wenn es notwendig sein sollte, auf eigener Stelle. Das gibt Sicherheit für die Zukunft. Aus eigener Erfahrung hat die Rednerin Beispiele der Arbeit, die gegenwärtig für das Land und besonders für die Gutsbesitzer ist.

Eine Ansprache folgte. Mit dem Ausdruck der Belieben konnte Kaiserliche die Versammlung schließen.

Verbreitungen ein sehr wichtiger Teil der Maßnahmen ist, die den Gutsbesitzern durch Gewöhnung an Ordnung erziehen sollen.

Aus Provinz und Reich

2. Kriegsteil, 21. Februar, Am 17. d. M. hielt die Deutsche Vaterlandspartei im Goshof zu Burgländen eine gut besetzte Versammlung zur Vorbereitung der 2. Versammlung der Männer und Frauen von ihrer Einladung gefolgt und wurden gespannt den Ausführungen der Redner. Der Einberufer, Herr Dr. Krieger, wies einleitend auf den Ernst der Stunde und die Notwendigkeit hin, unser Volk um den Gedanken des Siegeszuges zu sammeln und brachte das Kaiserthum aus, in das alle Vaterlandspartei einfließen. Danach sprach der Vorsitzende der 2. Versammlung, Herr Dr. Krieger, über die Aufgabe der Vaterlandspartei und die Bedeutung der Männer und Frauen der Deutschen Vaterlandspartei und dann über das Thema: Was müssen wir von dem deutschen Frieden erwarten? Redner wies auf die klaren Ausführungen des Redners, der noch verschiedene Anfragen aus der Versammlung beantwortete. 3. neue Mitglieder traten der D. V. P. bei. In einem kurzen Schlußwort dankte der Versammlungsvorsitzende dem Einberufer für seine Anregungen, und schloß das Gesehene und Gehörte zusammen in das Geheilte: Wir alle, jeder an seiner Stelle, wollen in Arbeit, in Eintracht, in Opferbereitschaft einfließen und durchhalten bis zum letzten, deutschen Frieden! Des zur Verfassung fangen die Redner zum Schluß Deutschland, Deutschland über alles. Was die Vaterlandspartei beitragen, in weitem Kreise das Verhältnis für die Deutsche Vaterlandspartei, ihre Notwendigkeit und ihre Ziele zu tragen: sie soll das Beste des ganzen deutschen Volkes sein.

Gerichtszeitung

Berlin, 21. Februar. Jeweils- und Pfandbesitzbüchereien größten Umfangs lassen einer Vertragsanleihe zu Grunde, die den Pfandbesitzern des Reichs, genannt Maximal, vor das Kaiserliche Reichsgericht führte. Der Angeklagte soll in den Kreisen der Jeweils- und Pfandbesitzbüchereien, die in einigen Kreisbüchereien der Friedrichstadt verfahren, eine bekannte Persönlichkeit sein. Er hatte in Erfahrung gebracht, daß in der Stadt Chemnitz der millionenreiche Viehhändler Posner eine sehr bekannte Persönlichkeit sei. Posner aus Chemnitz und unterman in vieler Stelle in Chemnitz gegen eine Reihe Pfandbesitzer, die nach dem Gutachten des Sachverständigen Justizrat Menzel rechtswidrig waren, und erzählte, er sei der Sohn des reichen Posner aus Chemnitz und befände sich in vorübergehender Geldverlegenheit, die ihn zwingt, die Schmiedehäuser zu verlassen. Der Posner, daß er die Jeweils in den nächsten Tagen sofort wieder einlösen würde, veranlaßte die Pfandbesitzer, die einzelnen Stücke gar nicht eher abgeben zu lassen, als Posner die Zahlung des Pfandes leisten würde. Posner löste die weit über den Wert beliehene Sache nicht ein, sondern verkaufte auch noch die Pfandstücke. Vor Gericht trat der Angeklagte ein recht absonderliches Verhalten zur Schau, er verließ mitten in der Verhandlung die Anklagebank und verließ in den Akten herumzulaufen. Von Rechtsanwalt Dr. Puppe war der Beweis dafür angeleitet worden, daß der Angeklagte geisteskrank sei. Auf Grund des vorgelegten ärztlichen Gutachtens kam das Gericht zu einer Freisprechung des Angeklagten.

Die weiblichen Einbrecherbande.

Berlin, 20. Februar. Eine Einbrecherbande, die unter weiblicher Aufsicht zahlreiche Ladeneinbrüche in Charlottenburg und im Norden Berlins begangen hatte, wurde gestern von der Staatsanwaltschaft des Landgerichts 8 zu empfanglichen Strafen verurteilt. — Am 2. Februar, vier Pfandbesitzer in Charlottenburg unter den in der Wilmersdorfer und Berliner Straße wohnhaften Geschäftskunden das Treiben einer Diebhandlung schloßte Beunruhigung hervor. Gest keine Nacht verging, ohne daß irgendein Ladeneinbruch ausgeführt war. Bevorzugt wurden Schmiedehäuser und Kleingewerbetriebe. Die Diebe arbeiteten in der Weise, daß die Schmiedehäuser eingeschloßen wurde und einer der Täter durch die Öffnung in der Decke hineinkam. Es gelang schließlich das Haus zu durchdringen, daß sie mit weiblichen Helferinnen arbeiteten, die farnicht plaudernd an der nächsten Ecke „Schmiede handten“. — Die Staatsanwaltschaft verurteilte die Angeklagten Arbeiter Max Hausmann zu 3 Jahren Zuchthaus, den Arbeiter Hugo Hübner zu 1 1/2 Jahren Gefängnis, die Arbeiterin Meyer zu 4 Monaten, die Arbeiterin Hubisch zu 2 Monaten Gefängnis und den Schwärmer Adolf Bönigk wegen Hehlerei zu 2 Wochen Gefängnis.

Raubendiebstähle.

Schmalzladen, 20. Februar. Die Einbruchdiebstähle, die sich seit vorigem Herbst in der Stadt wie in der Umgegend in geradezu erschreckender Weise häuften, haben durch die Bemühungen der hiesigen Polizei nennenswerter Aufklärung gefunden. Als Täter wurde eine Gesellschaft von neun Personen festgestellt, sämtlich hier wohnhaft. Zum größten Teil stehen sie im jugendlichen Alter, sind einige ältere Leute beteiligt. Bisher können den Verhaftungen schon mehr als 20 Diebstähle zur Last gelegt werden.

Kunst und Wissenschaft

Schiffbauhalle. Sonntag nachmittags Volksvorstellung „Hofmann in Paris“, ebenfalls Aufführung der fäunischen Oper „König für einen Tag“ von Adam. Montag „Die Rädermaus“, Dienstag, Beginn 7 Uhr. „Die Wälfische“, Mittwoch „Die Frau von Messina“, Donnerstag „Anigante auf Taunis“, Freitag von Gud. Freitag um einen Male. Meine Frau, die Hofkapellmeisterin“. Samstag abends 7 1/2 Uhr „Die veraltete Frau“.

Die Leitung des Schiffbauers Halle kann Vorbereitungen nur dann ausführen, wenn mit der Behörde abgeklärt der Betrag für die gewöhnlichen Arbeiten überlassen einigt. Der Verwaltungsrat des Schiffbauers hat sich demnach dem Reichsminister, ob die gewöhnlichen Arbeiten zurückgelegt werden können. Diejenigen Theaterbesucher aus Merseburg, die eine Entschädigung dieses Verlustes wünschen, können ihre Vorbereitungen in dem Zigarrengeschäft Dito 1038, Merseburg, Al. Ritterstraße 16, machen. Jede derartige Behauptung verpflichtet unbedingt zur Zahlung des Betrages, gleichmäßig, ob die Karten benutzt werden oder nicht. Abstellungen bereits in den Karten können unter keinen Umständen angenommen werden.

Deutsche Hochschulen vor hundert Jahren. Der zu Anfang des vorigen Jahrhunderts in Straßburg erscheinende „Niederdeutsche Anzeiger“ veröffentlicht, wie die „Straßb. Post“ mittelt, in seiner Ausgabe vom 20. Januar 1818 eine Zusammenstellung aller Universitäten, die damals in Deutschland die wissenschaftliche Bildung vorzubereiten. Damals gab es im ganzen 10 Universitäten, von denen zwei auf die Rheinisch-deutschen Gebirgslande, nämlich in Bonn mit 657 Studierenden und Prag mit 880 Studierenden entfielen, während das übrige Deutschland 17 Hochschulen besaß. Diese Universitäten verteilten sich wie folgt: in Preussischen Deutschland: Berlin (evangelisch) mit 600 Studierenden, Breslau (paritätisch) 366, Halle (evangelisch) 500, Gießen (paritätisch) 55. Dazu kommt noch das katholische Paderborn, das nur vier Fakultäten zählte; in Bayern: Landshut (katholisch) mit 650 Studenten, Wilmersdorf (katholisch) 305, Erlangen (protestantisch) 180; in Sachsen: Leipzig (protestantisch) mit 911 Studenten; in Hannover: Göttingen (protestantisch) mit 1132; in Württemberg: Tübingen (protestantisch) 200, jetzt durch den Zutritt von Elmhagen vergrößert und paritätisch; in Baden: Heidelberg (protestantisch) mit 363, Freiburg (katholisch) 275; in Kurhessen: Marburg (protestantisch) 117, Gießen (protestantisch) 241; in Oldenburg: Osnabrück (protestantisch) 107, Lemmer in Weimar: Jena (protestantisch) 600 in Weidensberg: Sigmaringen: Bochum (protestantisch) 170. Von diesen 10 Universitäten waren also nur fünf katholisch und zwei paritätisch, alle übrigen protestantisch. Auf allen zusammen studierten etwa 8500 Studierende. Wüßten würden, meint das Blatt, wenn man die Gesamtzahl der deutschen Einwohner zu 20 1/2 Millionen annimmt, auf je 100 000 200 Studierende kommen.

Die Bildungsbedingungen des Diamanten. Schon seit langem weiß man, daß der Diamant weiter nichts ist, als kristallisiertes Kohlenstoff, und es gehört zu den üblichen Vorlesungsexperimenten, ein feinstes feines Splitterchen dieses kostbaren Gesteins im Gasstrom aus reiner Kohlenäure zu verbrennen. Seit Jahrzehnten bemüht man sich, aus dem Kohlenstoff den Diamanten zu gewinnen. Professor Dr. Kuff von der Breslauer Technischen Hochschule hat nun unter Aufwendung bedeutender experimenteller Kunst und großer technischer Hilfsmittel versucht, die verschiedenen Verfahren zur (synthetischen) Gewinnung des so hoch begehrten Gesteins planmäßig nachzuprüfen. Er brachte aus Gasen, Dämpfen, sowohl organische als anorganischer Natur bei allen möglichen Temperaturen den Kohlenstoff zur Umwandlung und prüfte, ob in diesem Diamantfluß vorhanden sei. Besonders beachtenswert waren seine Versuche, Kohlenstoffdampf selbst bei der Temperatur des elektrischen Lichtbogens (500—4000 Grad) in niedrigeren Temperaturen abzukühlen. Es wurde, wie er in der „Zeitschrift für allgemeine und organische Chemie“ mitteilt, ein Kohlenstoff mit 5000 Volt Stromspannung und 2 Amp. Stromstärke unter flüssiger Luft gezogen; infolgedessen begab sich der Kohlenstoffdampf in eine Temperatur von mehr als 4000 Grad abwärts auf wenige Mikrometer. Durch erhielt hierauf tatsächlich einige kleine Splitterchen von der Eigenheit des Diamanten. Der Breslauer Forscher geht bei seine Versuche über Diamantfluß namentlich unter Verwendung von hohem Aufstrahlungsdruck.

Letzte Depeschen

Weitere Fortschritte im Osten. Großes Hauptquartier, 22. Februar. Westlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Abteilungen Artillerie- und Minnenregimenten. Kleine Entladungsgeschichte an der Bahn Popen-Roulets. Eine englische Feldwache wurde überrennt und gefangen.

In den letzten drei Tagen wurden im Luftkampf von der Erde aus 24 feindliche Flugzeuge und zwei Zerstörer abgeschossen.

Westlicher Kriegsschauplatz. Seeresgruppe Eishorn.

In Estland wurde Hapal genommen. Das erste Esten-Regiment hat sich dem deutschen Kommando unterstellt. In Dänemark stehen unsere Kolonnen über Rönneburg, Wolmar und Spanda hinaus vor. Unter dem Jubel der Bevölkerung sind unsere Truppen in Wjzjala eingedrungen. Von dort ziehen sie bis nach Ljuzyn vor. Auch Wjzjala wurde besetzt.

Seeresgruppe Viningen. Bei Unterführung der Ukraine in ihrem Befreiungskampf wurden Fortschritte erzielt. Bei Kozmopolis haben wir die Verbindung mit ukrainischen Abteilungen aufgenommen. Andere Kolonnen marschieren auf Dubno.

Estler Generalquartiermeister: Ludendorff. Der Prozeß Repington.

Basel, 20. Februar. „Times“ meldet: Das beantragte Hochverratsverfahren gegen Derek Repington ist von dem Gerichtshof nicht zur Durchführung genehmigt worden. Repington wird sich ebenfalls wegen verborbener Veröffentlichung militärischer Geheimmittlungen zum Nachteil des Landes zu verantworten haben.

Die englische Sonderkommission nach Amerika. Amsterdam, 20. Februar. Zu der schon gemeldeten Reise der englischen Sonderkommission nach Amerika ist zu erfahren, daß die „New York Times“ aus zuverlässiger Quelle, daß die Kommission im Einverständnis mit dem englischen Kriegsminister und dem Verfaller Kriegsrat mit dem Auftrag betraut wurde, alle in Versailles zuhande getretene Schwierigkeiten, soweit sie die kommenden Operationen an der Front betreffen, der Regierung in Washington zu unterbreiten. Die Kommission soll betonen, daß die künftigen Fragen nicht allein von der Entente gelöst werden können, und daß auch die bisherige Diktation Amerika uns genügen gewesen sei. Von Amerika müßten weitere größere Lieferungen in allerhöchster Zeit erfolgen, die sich besonders auf Truppen, Artillerie und Proviant beziehen. Die Westfront ist in drei Teile eingeteilt, wovon dem Amerikanern ein größeres Abschnitt überlassen werden müßte. Im Verhältnis habe man aber beschlossen, das Oberkommando auch über den amerikanischen Frontenteil dem englischen Generalstab zu überlassen, wobei Amerika noch seine Zustimmung zu geben hätte. Sollte Amerika der Wundheilung nicht zustimmen können, so ist die englische Mission beauftragt, über die Frage zu beraten, wie sich Amerika zu der anzuwendenden Diktation verhalten soll.

Die deutsche Stimmung. Die deutsche Stimmung ist durch die letzten Nachrichten aus dem Osten sehr erheitert worden. Die deutsche Bevölkerung ist durch die Berichte über die Fortschritte unserer Truppen im Osten sehr erheitert worden. Die deutsche Bevölkerung ist durch die Berichte über die Fortschritte unserer Truppen im Osten sehr erheitert worden.

Aus Stadt und Umgebung

Kunstliche Bekanntschaften. Aber Kohlenverfeinerung der Landwirtschaftskammer, Elektrochemische Fabrikation, Erzeugung und Erhaltung, Selbstbestimmung u. a. Bekanntschaften in den heutigen Interaktiven unserer Väter.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am kommenden Montag statt. Die Tagesordnung ist in dem heutigen Interaktiven unseres Blattes veröffentlicht.

Die Stromlieferung. Wird am Sonntag von 9 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. infolge dringender Betriebsarbeiten unterbrochen.

Schwere Unfallfälle. Gebern geriet der Segler J. mit dem Kopf in eine elektrische Hochspannung. Dem bedauerlichen Jungen wurde die Schädelkapsel an beiden Schläfenenden eingedrückt, so daß er auf der Stelle tot war.

Theater. Sonntag nachmittags findet eine Volksfeste-Fremden- und Schüler-Vorstellung statt. Gegeben wird das nationale Schauspiel „Königin Ester“. Jeder Theaterbesucher erhält bei Abgabe eines Goldstückes 1 Spezialkarte frei.

Comptaabend. Gegeben wird das nationale Schauspiel „Königin Ester“. Jeder Theaterbesucher erhält bei Abgabe eines Goldstückes 1 Spezialkarte frei.

Comptaabend. Gegeben wird das nationale Schauspiel „Königin Ester“. Jeder Theaterbesucher erhält bei Abgabe eines Goldstückes 1 Spezialkarte frei.

Comptaabend. Gegeben wird das nationale Schauspiel „Königin Ester“. Jeder Theaterbesucher erhält bei Abgabe eines Goldstückes 1 Spezialkarte frei.

Comptaabend. Gegeben wird das nationale Schauspiel „Königin Ester“. Jeder Theaterbesucher erhält bei Abgabe eines Goldstückes 1 Spezialkarte frei.

Comptaabend. Gegeben wird das nationale Schauspiel „Königin Ester“. Jeder Theaterbesucher erhält bei Abgabe eines Goldstückes 1 Spezialkarte frei.

Comptaabend. Gegeben wird das nationale Schauspiel „Königin Ester“. Jeder Theaterbesucher erhält bei Abgabe eines Goldstückes 1 Spezialkarte frei.

Comptaabend. Gegeben wird das nationale Schauspiel „Königin Ester“. Jeder Theaterbesucher erhält bei Abgabe eines Goldstückes 1 Spezialkarte frei.

Comptaabend. Gegeben wird das nationale Schauspiel „Königin Ester“. Jeder Theaterbesucher erhält bei Abgabe eines Goldstückes 1 Spezialkarte frei.

Amliche Anzeigen

Bekanntmachung.

Bestimmung der Preise für Schwefelfische.
Vom 7. Februar 1918.

Auf Grund des § 2 der Bekanntmachung über die Bestimmung der Höchstpreise vom 22. November 1916 (R.-G.-Bl. S. 1938) und 22. September 1917 (R.-G.-Bl. S. 859) wird folgendes bestimmt:

§ 1.
Beim Verkauf von Schwefelfischen dürfen vorbehaltlich der Vorschriften in § 4 folgende Preise für 45 Kilogramm Reingewicht nicht überschritten werden:
Kiste von 500 Gramm und darüber 2,30 Mk., bezuglichen von 250 Gramm 2,80 Mk., bezuglichen unter 250 Gramm 1,80 Mk., Zander (Schill) von 1000 Gramm und darüber 2,80 Mk., bezuglichen unter 1000 Gramm 2,30 Mk., große Maränen, Knaufelchen, Sandfische (Weißfische), Hechten 2,50 Mk., Aelchen, Gansfische, Röhre, Schängel 2,30 Mk., Döckle, Eselchen 1,80 Mk., Karpfen, kleine Maränen, Welse, Maifische, Quappel (Mutter, Treine) 1,60 Mk., Barbe, Karauschen, sofern drei Fische 500 Gramm und darüber wiegen, 1,60 Mk., bezuglichen sofern drei Fische unter 500 Gramm wiegen 1 Mk., Heide (Wasserdraht), Barben, Haseln (Schilde), Döbel (Mittel, Schupp), Fische, Köcher (Wasserdraht), Kande (Erlen, Verflinge, Brautflische) von 2000 Gramm und darüber 1,50 Mk., bezuglichen von 1000 Gramm bis unter 2000 Gramm 1,20 Mk., bezuglichen von unter 1000 Gramm 1 Mk., Wäse, Keteugen, Wätere, sofern drei Fische 500 Gramm und darüber wiegen, 1 Mk., bezuglichen, sofern drei Fische unter 500 Gramm wiegen, 0,80 Mk., Raten 0,80 Mk., Zoppen, Ziegen, Eltine, Kaulbarbe (Sturen), Uffel (Kauben), Dackel, Gründlinge, sowie keine Waifische aller Art 0,50 Mk.

§ 2.
Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können für ihren Bezirk oder Teile ihres Bezirks die in § 1 festgesetzten Preise herabsetzen oder erhöhen. Die gleiche Befugnis liegt den Kommunalverbänden zu, soweit die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden von der ihnen nach Satz 1 zugehörigen Befugnis keinen Gebrauch machen. Eine Erhöhung bedarf der Zustimmung des Reichskommissars für Preisverteilung. Die Landeszentralbehörden können bestimmen, daß abweichende Preisfestsetzungen der Kommunalverbände auch der Zustimmung der Landeszentralbehörden bedürfen.

§ 3.
Bei Verfehlung der Preise am Orte der gewerblichen Niederlassung des Käufers und des Verkäufers sind die für den letzteren geltenden Preise maßgebend. Wird die Ware an einen anderen Ort als an den der gewerblichen Niederlassung des Verkäufers verbracht und dort für dessen Rechnung verkauft, so sind die für diesen Ort geltenden Preise maßgebend.

§ 4.
Auf den Absatz von Schwefelfischen, der mit Genehmigung der nachstehend aufgeführten Stellen erfolgt, sowie auf den Weiterabsatz dieser Fische finden die in § 1 festgesetzten Preise keine Anwendung:

- 1. Fischhandelsgesellschaft m. b. H. Sinterpommern in Rostock, Mecklenburg-Schwedische Fischhandelsgesellschaft m. b. H. in Rostock, Schleswig-Holsteinische Fischhandelsgesellschaft m. b. H. in Kiel, Fisch- und Muschelvertriebsgesellschaft m. b. H. S. in Rostock, Nordsee-Kriegs-Fischhandels-Gesellschaft für die Nordsee m. b. H. in Geestemünde, Kriegs-Fischhandel Weter O. m. b. H. in Geestemünde, Kriegs-Fischhandels-Gesellschaft m. b. H. in Altona, Kriegs-Fischhandels-Gesellschaft für Fischfischverwertung G. m. b. H. in Berlin, Fischfischhandels-Gesellschaft m. b. H. in Berlin, Zentral-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H. in Berlin.

Die Kommunalverbände können für den Weiterabsatz von Fischen, die gemäß Abs 1 den in § 1 festgesetzten Preisen nicht unterliegen, Preise festsetzen, insbesondere bestimmen, daß die nach § 1 festgesetzten Preise auch für sie gelten; der § 2, Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

§ 5.
Zwischenhandlungen gegen diese Vorschriften werden nach § 6 der Bekanntmachung über die Bestimmung der Höchstpreise vom 22. November 1916 (R.-G.-Bl. S. 1938) und 22. September 1917 (R.-G.-Bl. S. 859) mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft; neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die höhere Sanktion bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 6.
Diese Bekanntmachung tritt mit dem 1. April 1918 in Kraft.

Berlin, den 7. Februar 1918.
Der Reichskommissar für Preisverteilung.
Veröffentlicht:
Merseburg, den 13. Februar 1918.
Der königliche Landrat.
J. B. von Gronow.

N.-Nr. 1978 K. W.

Fohlen-Versteigerung.
Die Landwirtschafskammer für die Provinz Sachsen verleiht am
Dienstag, den 26. Februar 1918, vormittags 10 Uhr in Halle (Saale), Lutherstraße, linke Seitenstraße der Merseburgerstraße, ca. 80 Fohlen schweren Schlags im Alter von 1/2-1 1/2 Jahren an Landwirte der Provinz Sachsen, welche sich als solche ausweisen können, gegen Vorkauf.

Lokomobile
fahrbar, bis zu 19 P. S. für Braunkohlenbrennfeuer, in gutem Zustand vom 1. März 1918 bis 15. September 1918 für unsere Bauwerke
Grube „Otto“ bei Körbisdorf
zu leihen gesucht. Angebote mit Preisangabe an
WAYSS & FREYTAG, A.-G.,
Halle a. S.,
Hauptstadt
Dammstraße 24.

Verantwortliche Redaktion: Wolffstr. 2, Halle, S. Verlags- und Druck: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt, S. 2, Halle, sämtlich in Merseburg.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung in Verbindung mit § 94 des Gesetzes über den Wehrdienst und dem Gesetz vom 11. 12. 1916, betreffend die Wehrkraft des Wehrdienstes, wird die Wehrkraftprüfung, verordnet ist, hiermit im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

- Es ist verboten:
1. den Personen, die als gewerblich in der Behandlung von Krankeiten, Leiden oder Körperbeschwerden an Menschen tätig sind, oder in anderen ähnlichen öffentlichen Anstalten (Krankenhäuser) als behelfe, ihren gewerblichen Betrieb anders als durch Bekanntgabe am Wohnort, im Adress- oder Fernsprechbuch anzukündigen. Zahnheilkunde, Bandagisten und Hebammenpraxis, sowie Personen, die Turn- und Gymnastiklehrer erteilen, werden von diesem Verbot nicht betroffen.
2. Geheime Mittel oder Verfahren, die zur Verhütung der Empfängnis oder zur Befestigung der Schwangerschaft oder von Menstruationsstörungen usw. bestimmt sind, öffentlich auszuheilen, anzukündigen, in der Tagespresse, in Zeit- und Druckschriften oder Art zu beschreiben, sowie im Umhergehen solche Gegenstände usw. anzubieten oder Bekleidungen darauf zu sammeln.
3. Die unter Ziffer 1-2 bezeichneten Handlungen sind auch in jeder irgendwie verkleideter Form verboten.
4. Gehaltet ist die Anknüpfung, Befestigung und Anknüpfung von Arzneien und Heilmitteln, Verfahren, Operationen oder sonstigen Gegenständen, die zur Verhütung, Beseitigung oder Heilung von Krankheiten, Leiden oder Körperbeschwerden bei Menschen bestimmt sind, in der Tages- und Fachpresse und in Zeit- und Druckschriften, sofern das betreffende Mittel nicht in der Mitwirkung der Oberen Instanz aufgestellten Liste der allgemein verbotenen Heilmittel usw. enthalten ist.
5. Die Mitarbeiter von Anzeigen haben die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß das betreffende Mittel nicht auf der Verbotliste der Oberen Instanz steht.
6. Für Mittel usw. der in Nr. 4 bezeichneten Art, deren öffentliche Anknüpfung vor dem Erlaß dieser Verfügung noch nicht erfolgt ist, ist die Erlaubnis hierzu bei der Oberen Instanz nachzufragen und zwar durch die Gesundheitsämter, in deren Bereich der Auftraggeber wohnt.
7. Die Listen der Oberen Instanz sind maßgebend und verbindlich für alle Gesundheitsämter.
8. An die medizinischen und pharmazeutischen Fachpresse finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

§ 2.
Ferner ist den unter 1 Ziffer 1 genannten Personen verboten:

1. eine Behandlung, die nicht auf Grund eigener Wahrnehmungen an dem zu Behandelnden erfolgt (Fernbehandlung),
2. die Behandlung mittels wässriger Verfahren,
3. die Behandlung von gemeingefährlichen Krankheiten (Malaria, Cholera, Typhus, Gelbfieber, Pest und Pocken) sowie von sonstigen übertragbaren Krankheiten,
4. die Behandlung aller Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane, von Syphilis, Schanker und Tripper, auch wenn sie an anderen Körperstellen als an den Geschlechtsorganen auftreten, sowie jede Behandlung von Frauenkrankheiten, insbesondere auch die innere Massage der weiblichen Unterleibsorgane,
5. die Behandlung von Krebskrankheiten,
6. die Behandlung mittels Hypnose,
7. die Behandlung unter Anwendung von Bekleidungs- und Heilmitteln, mit Ausnahme solcher, die nicht über den Ort der Anwendung hinauswirken,
8. die Behandlung unter Anwendung von Einspritzungen unter die Haut oder in die Blutbahn, soweit es sich nicht um eine nach Nr. 7 geachtete Anwendung von Bekleidungs- und Heilmitteln handelt.
Zwischenhandlungen werden, wenn durch die Befehende Verlege eine höhere Freiheitsstrafe bedingt ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.
Die Bekanntmachung tritt am 1. März 1918 in Kraft. Die Bekanntmachung vom 26. November 1916 tritt gleichzeitig außer Kraft.
Magedburg, den 16. Februar 1918
Der stellvertretende Kommandierende General.
Sontag, Generalleutnant.

Bekanntmachung.

Gemäß § 4 des Gesetzes über den Wehrkraftaufbau werden die bei den Wehrämtern der Militärpolizeistellen Magedburg und Halle in Verbindung, in Spionage, Sabotage und ähnlichen Fällen die Wehrbehörden am Ausamt über Briefe, Telegramme und Telephon-Berichte der beteiligten Personen zu erlöchen.
Magedburg, den 13. Februar 1918.
Der stellvertretende Kommandierende General.
Sontag, Generalleutnant.

Kammer-Lichtspiele!
Ab Freitag bis Montag!
Das Opfer der Wera Wog!
Großes Drama in 4 Akten mit der eigenartigen bildschönen Künstlerin „Hedda Vernon“!
Anderem ein ganz vorzügliches Beiprogramm.
Anfang 7 1/2 Uhr. - Fernr. 529.
Verstärktes Orchester!
Wer ein Goldstück in Zahlung gibt, erhält einen guten Logenplatz gratis.
Sonntag nachm. ab 3 Uhr: Jugend-Vorstellung
Ab 5 u. 7 Uhr: Vorstellungen f. Erwachsene.

Suche für meine Tochter, welche Volkswirtin in Handelslehre beschäftigt hat und im Besitz guter Zeugnisse ist, zum 1. April oder später
Stellung im kaufmännischen Betrieb.
Gef. Zuschriften unter „Stellung“ an die Geschäftsstelle des Merseburger Tageblattes erbeten.

Tageordnung zur Sitzung des Stadtvorstandes.

am Montag, den 25. Febr. 1918

- abends 6 Uhr im alten Rathaus
1. Wahl von Mitglieder in die Bauabteilung
2. Aufag an § 9 der Geschäftsordnung der Stadtvorstandesversammlung
3. Entlastung der Jahresrechnung 1917 der Bauabteilung
4. Entlastung der Jahresrechnung 1918 der Sparkasse
5. Entlastung der Jahresrechnung des Elektrizitätsunternehmens
6. Ausgabebudget bei Kapitel B, Titel I c der Bauverwaltung
7. Ausgabebudget bei Kapitel B, Titel VII 3 der Bauverwaltung
8. Anhebung einer Tarifpfeilung
9. Erlaß des Hausbesitzeres für Heizung der städt. Turnhalle
10. Antrag zur Erhebung der Sparkasse
11. Beitritt der Stadtgemeinde zur Ruhebeschaffungs-Kommunal-Verbände der Provinz
12. Beschließung der Haushaltspläne:
a) der allgemeinen Verwaltung
b) der Schulverwaltung,
c) des Altersheim,
d) des Androsheim,
e) der Stützungen und Vermögenspläne,
f) des Verwaltenden Stipendienfonds,
g) der Sparkasse.
Geheime Sitzung.
Merseburg, d. 21. Febr. 1918.
Der Stadtvorstand-Vorsteher.
Köhle.

Bekanntmachung.

Wir geben hierdurch bekannt, daß die Stromlieferung am Sonntag, den 24. Febr. 1918, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr infolge Bringens der Betriebsarbeiten seitens der Wehrlandzentrale unterbrochen wird.
Merseburg, den 21. Febr. 1918.
Städt. Elektrizitätswerk
Merseburg.

Holz-Auktion.

Montag, 25. Febr. 1918, vormittags 9 Uhr, kommen im Chopauer Holz meistbietend zum Verkauf: etwa 25 rm Hölzerstößel, 15 Eichenstößel, 40 Laubholz Brennholz.
Montag, 25. Febr. 1918, vormittags 11 Uhr: 70 Röhren von 0,06-2,40 fm, 25 Eichen von 0,05-1,21, 20 Eichen von 0,10-1,27, 1 Bappel 2,87.
Bedingungen werden im Termin bekanntgegeben.
Sammelpfad:
Chopauer Holz „Hans-Ruh“, Rittergut Chopau b. Merseburg.

Bettmatten

Befestigung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Anker kostenlos. Versandhaus Wohlfarth, München 42, Isabellstr. 12.

Handleiterwagen,

nur erstklassig gebaut und beschlagen, Dauerware, loseladbar, alle Größen dazu einzeln u. in Paaren haben täglich vorrätig. Meierei-Verlag, Naumburg, Marktstraße 3 am Bahnhof.

Gebr. aber gut erbat.

Flügel nach Pianino
gegen fast alle zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis erbeten.
D. Bernhard, Magedburg, Hofplatzstraße 20.

Freundliche Wohnung

sucht zum 1. April 1918 zum Mietpreis von ca. 800 Mark jährlich. Offerten erbeten sofort. H. J. Jacobi, Regis, Weg. Weipala.

Sonabend, den 28. Febr. abends 1/8 Uhr: Verfallung im „Marsker“

Sonabend, den 28. Febr. abends 1/8 Uhr: Verfallung im „Marsker“
Sonderliches Erscheinen unbedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Tivoli-Theater

Merseburg.
Dir: Art. Doehant.

Sonntag, d. 24. Februar 1918, abends 1/8 Uhr: Gajspiel des Operettenors Edward Wager von den städt. Theatern in Leipzig.

Der Graf v. Luxemburg.

Operette in 3 Akten von Franz Reß.
nachmittags 1/4 Uhr
Goldfammel, Fremden- und Schüler-Vorstellung

Königin Luise.

Operette in 3 Akten von Franz Reß.
Jeder Theaterbesucher erhält bei Abgabe eines G.-Blattes 1 Speerfisch-Billet frei!

Dienstag, den 26. Februar 1918, abends 1/8 Uhr.

Benefiz v. Eva Henkel-Dehant

unter Mitwirkung des 1. Operetten-Ensembles Edward Wager von den städtischen Theatern in Leipzig

Die geschiedene Frau.

Operette in 3 Akten v. Leo Fall.

Küchenmöbel

donker reiches Auswahl empfiehlt
Möbelfabrik
C. Hauptmann
Halle-Saale
Kl. Ulrichs-rasse 36 a. u. b.

Gebr. Schreibisch

für Kontorwende zu kaufen gesucht. Angebote erbeten die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Junges Mädchen

aus guter Familie für Nachmittags gesucht.
Frau Wiegand,
Diere Albenburg 11.

Ein tüchtiges Stubenmädchen

zum 1. April gesucht. Zu melden von 11-3 Uhr nur mit Buch. Frau Hofmeister, Kornacker, Gerichtstr. 3.

Alleinmädchen,

das suchen kann, zum 1. April gesucht von Frau Justizrat Scholtz, Bonifazstraße 4.

Für meine Weibchen, Sub- und Mägen-Geschäft

wird zum 1. April

Lernende

gesucht.
J. G. Knauth & Sohn,
Entenplan 2.

Arbeitsmädchen

bei gutem Lohn sucht
Arthur Kornacker.

Barbierlehrling

sucht
Frosch, Rohmatt

Politische Rundschau
Deutsches Reich

Der Hauptauschuss des Reichstages
erörterte am Donnerstag über den
Friedensvertrag mit der Ukraine
die Frage, ob versöhnungsgemäß die Zustimmung des
Reichstages zu dem Vertrage in allen seinen Teilen not-
wendig ist. Mit Ausnahme der Vertreter der Konse-
rvativen und der deutschen Fraktion erklärten sich die
Ausschussmitglieder für die Zustimmung zum Vertrag.

Der Hauptauschuss beriet alsdann die wirtschaft-
liche Seite des Friedensvertrages mit der ukrainischen Volks-
republik. Erzherzog Rüdiger erläuterte die einschlägigen Be-
stimmungen. Der Vertrag löst für einen engeren wirtschaft-
lichen Zusammenhänge mit Österreich freie Hand. Der Aus-
tausch von landwirtschaftlichen und industriellen Er-
zeugnissen zwischen uns und der Ukraine löst durch Zent-
ralstellen unter staatlicher Kontrolle und unter Mitwirkung ge-
meinsamer Kommissionen erfolgen. Die Vertreter der Ukraine
wären nicht in der Lage, genaue Angaben über die in
ihrem Lande lagernden Lebensmittelmengen zu machen; es
dürften aber dort erhebliche Vorräte vorhanden sein. Im
guten Willen, sie zu liefern, sieht es den Ukrainern nicht.
Andererseits haben die Besatzung an landwirtschaftlichen
Maschinen, Geräten usw. Unterhaltssekretär
Dr. Göpper gab Auskunft über die Organisation der er-
wähnten Zentralstellen. Die Zufuhr von Getreide wird mög-
lichst gefördert. Es ist zu diesem Zweck die Aufnahme des
Schiffsverkehrs auf dem Schwarzen Meer nach
Vollendung der Arbeiten in Aussicht genommen. Hieran gab
General Frick reich Auskunft über die Auslieferungs-
fähigkeit bei den gefangenen Ukrainern. Die in
Frage kommenden Ukrainer werden in der Lage sein, das
die Folgen der Entente und deren Vagitation zurückzuführen.
Die Annahme des Friedensvertrages mit der Ukraine und
des Hauptvertrages erfolgte gegen zwei Stimmen
in der Unabhängigen Sozialdemokratie in Abwesen-
heit der Polen.

Das Verhalten der Polen und Unabhängigen.

Berlin, 22. Februar. Zur Annahme des Friedens
mit der Ukraine im Hauptauschuss des Reichstages lag
bis Nord. Abg. Jg., aus der Abstimmung verdienten zwei
Momente hervorgehoben zu werden: Die Haltung der
Polen und die der Unabhängigen Sozialdemo-
kraten. Das fremdenfeindliche Verhalten der Abstimmung
ist nach dem Vorgehen der Volksgruppen in Warschau zu er-
klären, aber keineswegs entschuldigbar. Sie hätten sich
damit anherhalten das deutsche Volk gefeilt und
wären ihr Verhalten ein für die Geschichte zu rechtfertigen
haben, die immer noch ein gerechter aber auch ein strenger
Richter gewesen sei. Eine weit schärfere Rüge noch
verdiente die Haltung der Unabhängigen Sozial-
demokraten, die in offene Gegenwehr zu ihren Volks-
genossen traten.

Wir möchten die letztere Bemerkung keinesfalls für zu-
treffend halten. Die durch die „unabhängigen“ Sozialdemokratie
verhehlten Arbeitermassen werden insbesondere an der Bildung
eines verständigen und nüchternen politischen Urteils verhin-
dert.

Verkannt.

Roman von Heda von Schmidt.

(22) (Nochmal verboten.)

„Der liebe, alte Pfälzer, der Fred“, hat Harald beim
Lesen dieser Stelle des brüderlichen Schreibens lächelnd ge-
sagt. Da war die Mama doch anders — die freute sich, wenn
er in Gesellschaft Erlöse hatte.

Harald Strödmann hatte viel Glück bei den Frauen,
aber noch niemals war ihm eine Frau ernstlich gefällig
geworden. Er hatte nur wie ein Schmetterling getändelt
und geschickt, und schöne Worte gesagt und sich bei und da
vorübergehend verliebt. Immer aber war es bei ihm nur
Strohfeuer gewesen.

Als seine Mutter ihm einmal vom Heiraten gesprochen,
da hatte er in brüderlichem Entsetzen abgelehnt: „Alles alte
liebe Mutter, gönne mir doch mein blasses Freiheit im Leben.
Kein, daß ich dem Zwinger der Schule entronnen bin, soll
ich schon wieder in ein neues Joch. Fred, als der ältere,
hat den Vortritt.“

Während der halbjährlichen Fahrt mit dem Motorboot
hatte Harald sich gegenüber, die junge Dame in der weißen
Golfkappe, nicht aus den Augen gelassen. Dieses Fräulein
war auffallend, doch das junge Mädchen schien es nicht zu
bemerkten, schenkte ihm jedenfalls keine Beachtung.

„Kommt, kommt“, sagte sie, und nahm den weißen Pulver
an die Reine, als das Boot die Landungsbrücke anließ und
der alte Fräulein, der hier bereits lange Jahre seines
Wohns waltete, den beiden Damen, die er zu kennen schien,
verwies seine Hand entgegenkommend, um ihnen beim Ver-
lassen des Fahrzeugs behilflich zu sein.

Er grüßte sie unverkennend, als sie das Volkwerk ver-
ließen, sie mochten mit Trübsalgedanken nicht sprachlich sein.
Harald blieb absichtlich zurück.

„Kennen Sie die Damen?“ fragte er wie beiläufig und
lot dem Alten mit seiner kunstvollen Art seine offene froh-
dillenerne Zigarettenstange. „Verloren Sie sich bitte.“

Der Alte nahm respektvoll mit zwei Fingern eine der
teuren Importen.

„Wollen Dank, Nein, die Namen der Damen sind mir
nicht bekannt. Aber ich kenne Sie von Aufsehen gut. Sie

der. Viele in verbledenen Massen aber will man in Preußen
durch das gleiche Wahlrecht zu unbeschränkten Herren des
Volkschicksals machen. Eine so unerhörte Wahlrechtsver-
änderung durch solches Zusammenhänge aller beheimateten volks-
ständischen Kreise verändert werden. Ein gültiges Gesetz hat
uns bis bisher noch immer vor den schmerzlichen Folgen der Wäh-
rlosigkeit unserer führenden Kreise bewahrt.

Der Wahlrechtsauschuss des Abgeordnetenhauses.

Die Wahlpflicht beschlossen.
Beim Wahlrechtsauschuss des Abgeordnetenhauses ist ein
Antrag der Nationalliberalen eingegangen, der die
Einführung der Wahlpflicht vorschlägt. Die Stra-
fen für Wahlverweigerung sollen eine Mark bis fünfzig Mark
betragen und gegebenenfalls den dreifachen Steuerbe-
trag. Ein konservativer Antrag sieht gleichfalls
die Einführung der Wahlpflicht vor. Der Minister des Innern
bemerkte, daß die Regierung im allgemeinen gegen die Ein-
führung der Wahlpflicht ist. Ein Mitglied der Zentrumspartei
sprach sich gegen Einführung der Wahlpflicht aus; ein
freisinniger Abgeordneter wünschte, daß man den Sonntags-
tag als Wahltag festlegen solle. Hierauf wurde von dem Aus-
schuss die Einführung der Wahlpflicht grund-
sätzlich beschlossen gegen die Stimmen der Sozialdemo-
kraten und Polen und die beiden Anträge eines Unter-
scheidungsüberwies. Die Beratung hat damit ihr vorläufiges
Ende erreicht.

Berlin, 27. Februar. Bei der Weiterberatung der Wahl-
rechtsvorlage im Wahlrechtsauschuss erklärte Minister
Dr. Drews: Der entscheidende 3. der Regierungsvorlage
ist abgelehnt worden. Die Regierung hätte dem-
nach eigentlich keine Veranlassung, sich an den Beratungen der
weiteren Paragraphen zu beteiligen. Sie hat aber ein In-
teresse daran, die Verhandlungen abzukürzen und
der Kommission behilflich zu sein und wenigstens
die Schaffung eines organischen Gelehtwurfs zu ermög-
lichen. Sie ist deswegen bereit, auch auf Fragen Auskunft zu
geben, doch ändert dies nichts an ihrer grundsätzlichen
ablehnenden Haltung gegenüber dem Plural-
wahlrecht. Die Regierung verheißt gelegentlich des
Wahlpflichtbeschlusses allerdings nicht die Schwierig-
keiten, die im Falle einer reichlicher Verhängung von Strafen
wegen veräußerter Wahlpflicht der Aufsichtverwaltung über an-
deren Behörden daraus erwachsen würden.

Die Regierung in der Sackgasse.

Der „Tag“ schreibt über die Wahlrechtsvorlage:
Von Seiten der Regierung liegen offenbar definitive Be-
schlüsse noch nicht vor, doch scheint es, so will man bemerkt
haben, daß man das Vergeßliche des Kampfes und die Zweck-
losigkeit einer weiteren Einrede und sich mit dem Gedanken
eines gewissen Entgegenkommens nicht zu machen beginnt. Es
heißt sich für die Regierung fest
darum, einen anderen Mittelweg zu finden, um aus der
Sackgasse herauszukommen.

Die Nationalliberalen.

die durch die letzte Zentrumspolitik das Jähneln an der
Wage gegen das Einheitsrecht gebildet haben, sind darüber
etwas in Verlegenheit und Meinungsverschiedenheiten unter
einander geraten. Die Beratungen der nationalliberalen
Reichstagsfraktion, die am Montag begonnen
haben und Donnerstag zum Abschluss gelangen sollten, sind
auf Freitag Vormittag zehn Uhr verlegt worden.
Diesen Besprechungen kommt insofern besondere Bedeu-
tung zu, als in ihnen das künftige Verhältnis der Na-
tionalliberalen zu den Mehrheitsparteien endgültig festgelegt
werden dürfte.

Ueber die zunehmende Unsicherheit des Stützpunktes
berichtete in der Donnerstag-Sitzung des Staatshaus-
Gatsauschusses der preussische Eisenbahnmini-

ster. In einem gewissen Zahlungsabtritt sind befragt
worden 142 Privatpersonen und 222 Eisenbahnbetriebe,
darunter die Weitzzahl Erbschaftsliste. Dies muß als
steigere Erscheinung hingenommen werden und wird
später langsam wieder schwinden. Alle Mittel sind
erschöpft, kein Eingreifen ist mehr möglich. Die Fräulein
kann nicht mehr werden. Summen für Entschä-
digungen sind 1914 auf 47 Mill. M., 1916 auf 17.8 Mill.
Mark, 1917 auf 49 Mill. M. und nach einer neueren
Schätzung gar auf 57 Mill. M. geblieben!

Vom Auslande

Die Wünsche des österreichischen Vorkaufes.

Der österreichische Vorkauf hat, wie schon be-
richtet, einen Protest gegen den Frieden mit der
Ukraine erlassen, der auch in der gestrigen Rede des öster-
reichischen Ministerpräsidenten erwähnt worden ist. Dieser
Protest, der die geschäftlichen Vorkäufe nach dem
Deutschland enthält, ist vor dem amtlichen L. L.
Korrespondenzbüro veröffentlicht worden. Wie
wir erfahren, wird der deutsche Vorkäufer in Wien
wegen dieser Veröffentlichung Vernehmung einleiten.

Ein Kräftig in Wiener Parlament.

Das Wiener Abgeordnetenhause hat heute
knapp vor der Schließung die Zustimmung zum
Vertrag mit der Ukraine erlassen, der auch in der gestrigen Rede des öster-
reichischen Ministerpräsidenten erwähnt worden ist. Dieser
Protest, der die geschäftlichen Vorkäufe nach dem
Deutschland enthält, ist vor dem amtlichen L. L.
Korrespondenzbüro veröffentlicht worden. Wie
wir erfahren, wird der deutsche Vorkäufer in Wien
wegen dieser Veröffentlichung Vernehmung einleiten.

Die Sitzung wurde unterbrochen und Verhandlungen der
Regierung mit den Parteien eingeleitet. Landesver-
waltungsmittel Gaupp verleihe die sehr drohende Situa-
tion durch die Erklärung, daß er auf sehr zahl-
reiche Anträge die Aufhebung des Bundes zu
folge haben müßte. Das würde, die Sozialdemo-
kraten stellen einen Vermittlungsantrag, daß der Bundes-
schick binnen 4 Wochen über den erwähnten Antrags
richtig soll.

Milde Strafe für die Stadt Warschau.

Die „Warschauer Zeitung“ meldet: Der Stadt Vor-
schau wurde eine Geldbuße von 250 000 Mk. zur Sühne
für die von ihren Einwohnern am 14. Februar verübten
Vorkommnisse und bewiesenen Vorkommnisse
auferlegt.

Diese Strafe ist außerordentlich milde. Das Behörde
hätte der reichen polnischen Hauptstadt auch noch nicht sehr
wenig getan, wäre ihr aber meinetwegen sichtbar geworden.

Gebt euer Gold!

Von Josef Stollreiter, Unteroffizier d. R. (in Felde).

Nachdruck verboten.
Es geht ein Flüstern, ein Raunen durchs Land:
Wer hat noch Gold und müßigen Laub?
Wer ist mit Schuld an dem Meer von Blut,
Wer kann sich nicht reigen von flitterndem Gut,
Zu hemmen, zu stillen die Tobeslust,
Die Völker aufsteht in rassistischer Glut?

Ein Kniffen steht auf in der tiefen Nacht,
Ein Raunen, das zischt und unheimlich laßt.
Das Gold, das Gold, das in Schranken noch liegt,
Zum Feinde laßt, daß er Deutschland besetzt!
Der Schmutz, den ihr am Leibe wuch tragen,
Wird einst verflucht sein — er hat euch erlag!

Der Vorhang ging auf, und gleich im ersten Akt präsen-
tierte sich die Entente. Ihre überflüssige Stimme gab dem
einzelnen Jamben ihrer Verse nichts nach. Ihr Ziel
hinterließ — so wunderbar in jeder Phase, heimlich,
selbstschuldig, innig und dann wieder überheblich in
Widermut. Alle Redner eines großen, überaus
mühseligen Könnens saßen auf.
Die Entente hatte schon nach
Schluss des ersten Aktes auf der ganzen Linie geliegt.

Das ist sie, die Entente, und kein Herz hatte ein paar schnelle
Schläge getan bei diesen unerwarteten Wiedersehen.
Er ließ sein Gesicht nicht von den Augen.
Stetslich sich die Operette an fast allen folgenden Abenden
der Woche auf dem Spielplan befand, stellte sich Harald doch
regelmäßig bei diesen Wiederholungen im Theater ein.

„Ich glaube, ich könnte keine selber miteminen“, so ge-
läufig ist mir jedes Wort, jeder Ton, dasste er lächelnd und
summte einen Schläger vor sich hin.
Als der Zeit, der kleine Anstimmern, gesendet war und
sich im Kontor wieder eingeschalt hatte, gab Harald ihm einige
geheimnisvolle Aufträge.

„Allo — Preis — aufgehört: eine schöne Empfehlung
bestellen und die Rosen abgeben. Verstanden? Ich hätte er ihm
ein.“

Der Junge nickte eifrig: „Danke, Herr Baron.“
Nach einer halben Stunde war er zurück, den mächtigen
Mosenkraut, vom Umfang eines kleinen Wagenrades hinter
seiner dürftigen, kleinen Person maßlos verbergend.

„Die junge Dame hat geliebt“, meldete er verlegen, sie
hätte keine Unruhe bestell, und dann kam noch eine alte Herz-
in, und ein weißer Pulver fuhr mir bellend und wütend an
die Reine — und da schlug die junge Dame mir die Tür vor
der Nase zu.“

„Nun, denn nicht“, sagte Harald Strödmann resigniert
und piff zwei Takte aus der Operette, in der Henriette
Santen Trübsal erntete. „Anknäuelchen“ fuhr er dann
fort, „tragen Sie die Rosen zu Herrn Spalding hinüber. —
Sie haben doch heute Geburtstag, Herr Spalding,
nicht wahr? Ich habe mir erlaubt, Ihnen eine kleine tolle
glatte Aufmerksamkeit zu bereiten.“

(Fortsetzung folgt.)

28. Febr.
Uhr:
lung
Selnen un
rstand.
eater
rg.
chant.
ruar 1918
ntentend
ber
geatzen
Date!
rembourg
Arten
=
Uhr
den- und
lung
uise.
n 4 Aktien
er erhält
de. Dstfides
!!
ruar 1918,
hr,
el-Deigent
ia des
Eduard
ntischen
spisla
Frau.
Leo Hall.
übel
uswahl
lk
ann
ale
6 a. u. b.
btisch
u kaufen
Bitter die
Zettung.
dchen
für Hoch-
gand,
urn 11.
mädchen
in meiden
mit Buch,
arnacker,
hen,
1. April
Scholtz,
lk, M
häft
de
Sohn,
dchen
rnacker.
ling
obmarkt

